

N I E D E R S C H R I F T

über die 11. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses der Stadt Gummersbach vom 22.09.2016 im Fachausschusssitzungssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

Vorsitzender Torsten Stommel

Mitglieder

Stadtverordneter Hans-Friedrich Schmalenbach

Stadtverordneter Uwe Oettershagen Vertreter des Stv. Naumann

Stadtverordneter Jörg Jansen

Stadtverordneter Karl-Otto Schiwiek

1. stellv. Bürgermeister Jürgen Marquardt

Stadtverordneter Reinhard Elschner

1. stellv. Vorsitzender Axel Blüm

2. stellv. Vorsitzender Michael Franken

Stadtverordneter Thorsten Konzelmann

Stadtverordneter Christian Weiss

Stadtverordneter Elke Wilke

Stadtverordneter Sabine Grützmacher

Stadtverordneter Reinhard Birker

Verwaltung

Erster Beig. Raoul Halding-Hoppenheit

StVwD'in. Katharina Klein

StVR. Bernhard Starke

StVR. Jochen Ritter

Entschuldigt:

Mitglieder

Stadtverordneter Horst Naumann

Stadtverordneter Jakob Löwen

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Die Niederschrift führt: Elke Luxa

Sitzungsbeginn 18:00 Uhr

Sitzungsunterbrechung: keine

Sitzungsende: 19:10 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 Aktuelle Haushaltsentwicklung
- TOP 3 Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel
- TOP 3.1 Verlustabdeckung der KultGM für das Jahr 2016
Vorlage: 03057/2016
- TOP 3.2 Sanierung Turnhalle Derschlag
Vorlage: 03058/2016
- TOP 3.3 Soziale Stadt Bernberg
Vorlage: 03059/2016
- TOP 4 UStG-Novelle, Optionserklärung
Vorlage: 03061/2016
- TOP 5 Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

- TOP 6 Verkauf eines Grundstücks auf dem Steinmüllergelände
Vorlage: 03056/2016
- TOP 7 Erhöhung der Stammkapitaleinlage der Stadt Gummersbach bei der
Gemeinnützigen Wohnungsbau Gesellschaft mbH und Änderung des
Gesellschaftsvertrages
Vorlage: 03060/2016
- TOP 8 Stundung, Niederschlagung und Erlass von Geldforderungen
- TOP 8.1 Erlass einer Forderung aus Grundsteuer B
Vorlage: 03049/2016
- TOP 8.2 Befristete Niederschlagung von Forderungen aus Gewerbesteuer der Jahre
2011 - 2014
Vorlage: 03050/2016
- TOP 8.3 Befristete Niederschlagung von Forderungen aus Gewerbesteuer der Jahre
2012 - 2015
Vorlage: 03051/2016
- TOP 9 Mitteilungen

Öffentlicher Teil:

TOP 1

Niederschrift der letzten Sitzung

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 05. Juli 2016 werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 2

Aktuelle Haushaltsentwicklung

Herr Halding-Hoppenheit berichtet über einige ausgewählte Haushaltspositionen und spricht zunächst die Gewerbesteuer an, die aktuell den geplanten Ansatz um rd.

1,5 Mio € übersteigt; auch bei Grundsteuer B und Vergnügungssteuer ist im weiteren Jahresverlauf mit Mehreinnahmen zu rechnen.

Den Verschärfungen durch den Glücksspielstaatsvertrag nach Ablauf der Übergangsfrist am 30.11.2017 wurde durch Ansatzreduzierung in den kommenden Jahren Rechnung getragen.

Auf der Aufwandsseite sind die Zinsen für Liquiditätskredite hervorzuheben, die auf eine Einsparung von rd. 250.000 € schließen lassen.

Aktuell werden 90 Mio € Liquiditätskredite in Anspruch genommen.

Im Asylbereich liegen gegenüber den erwarteten Einnahmen von 8,1 Mio € bisher Bescheide für ca. 6 Mio € vor; es wird allerdings in diesem Jahr noch eine Revision zur Nachsteuerung geben.

Die Haushaltsplanung basiert auf einer Anzahl von 1.000 Asylbewerbern; im Leistungsbezug befinden sich derzeit jedoch nur 680 Personen, so dass der kalkulierte Fehlbetrag aller Wahrscheinlichkeit nach eingehalten werden kann.

Die als Erstaufnahmeeinrichtung genutzte ehemalige Hauptschule Strombach wird ab 01.10.2016 wieder frei.

Den abgerechneten Aufwendungen von rd. 4,5 Mio € steht bisher erst eine Erstattung von ca. 2 Mio € gegenüber.

Vor dem Hintergrund von Langzeiterkrankungen ergibt sich beim Personalbudget voraussichtliche eine Einsparung von rd. 170.000 €.

TOP 3

Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel

TOP 3.1

Verlustabdeckung der KultGM für das Jahr 2016

Vorlage: 03057/2016

Frau Klein erläutert die Vorlage.

Lt. Herrn Schmalenbach ist die Planung der KultGM für den Mittelbedarf der Veranstaltungen in der Halle 32 nicht nachvollziehbar. Er schlägt das Einwirken auf eine sorgfältige Planung vor.

Als Fazit der sich anschließenden Diskussion ergibt sich, dass das zuständige Gremium nicht der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, sondern der Aufsichtsrat der KultGM ist.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Herr Halding-Hoppenheit stellt fest, dass es eine Folge der Rechtsform einer AÖR sei, dass die Haushaltsplanung außerhalb des Rates erfolge.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14

Der Rat der Stadt stimmt der überplanmäßigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Abdeckung des Verlustes der KultGM für das Jahr 2016 in Höhe von 55.753,00 € zu.

TOP 3.2

Sanierung Turnhalle Derschlag

Vorlage: 03058/2016

Nach den Erläuterungen von Frau Klein fragt Herr Jansen, warum erst im Nachhinein ein Brandschutzkonzept erstellt werde.

Das Erfordernis ist lt. Herrn Marquardt erst im Verlauf der Maßnahme durch nicht vorhersehbare Gegebenheiten entstanden.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14

Der Rat der Stadt stimmt der überplanmäßigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 325.000 EUR auf dem Investitionsprojekt Nr. 5.356 "Sanierung der Turnhalle Derschlag" zu.

TOP 3.3

Soziale Stadt Bernberg

Vorlage: 03059/2016

Notiz zum Protokoll:

Durch den überplanmäßig bereitzustellenden Betrag ergibt sich kein erhöhter Mittelbedarf für die Maßnahme "Soziale Stadt Bernberg"; es handelt sich um eine Ansatzverschiebung zwischen den Haushaltsjahren.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14

Der Rat der Stadt stimmt der überplanmäßigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Maßnahme „Soziale Stadt Bernberg“ bis zur Höhe von 350.000,00 € zu.

TOP 4

UStG-Novelle, Optionserklärung

Vorlage: 03061/2016

Frau Klein spricht die Problematik des Themas an; zur Ermittlung der steuerrechtlichen Auswirkungen werden wahrscheinlich externe Unterstützungsleistungen erforderlich. In den kommenden Sitzungen wird über die weitere Entwicklung berichtet. Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss ist mit der Abgabe der Optionserklärung einverstanden.

TOP 5

Mitteilungen

Herr Halding-Hoppenheit berichtet über das bereits laufende Benehmensverfahren zum Kreishaushalt.

Nach den bekannt gegebenen Eckpunkten des Kreises bewirkt die Erhöhung der allgemeinen Kreisumlage in den Jahren 2017 bis 2021 für die Stadt Gummersbach eine zusätzliche Belastung von rd. 2,2 Mio €.

Eine Rechtfertigung dieser Steigerung ist nur bedingt, wie z. B. durch die vom Kreis zu zahlende erhöhte Umlage des Landschaftsverbandes, erkennbar und ein solidarisches Mitsparen des Kreises wird vor dem Hintergrund der Belange der kreisangehörigen Kommunen vermisst.

Herr Halding-Hoppenheit ist der Auffassung, dass man sich im aktuellen Verfahren nicht im Detail verlieren, sondern mit den Kreistagsabgeordneten zusammen arbeiten solle.

Ansatzpunkte für Verbesserungen sieht er einerseits in den gestiegenen Umlagegrundlagen, aber auch im Ausgang eines Klageverfahrens über strittige Zahlungen von Integrations- und Eingliederungshilfe. Hierfür hat der Landschaftsverband Rückstellungen über 100 Mio € gebildet, die durch die Landschaftsumlage finanziert werden.

Herr Marquardt bemängelt, dass es keine Vorschläge seitens der kreisangehörigen Kommunen gebe und erwartet als Kreistagsabgeordneter differenzierte Äußerungen. Die Kommunen sollten als Einheit auftreten und mit einer Stimme sprechen.

Für Herrn Halding-Hoppenheit steht die Gemeinsamkeit mit den Kreistagsabgeordneten im Vordergrund.

Im vergangenen Jahr haben 11 von den Kommunen vorgebrachte Punkte zu keinem messbaren Ergebnis geführt; es sei nicht sicher, ob es im Rahmen des laufenden Verfahrens zu einem gemeinsamen Schreiben kommen werde.

So lange das Benehmen nicht verweigert wird, hat die Bezirksregierung keine Handhabe.

Herr Konzelmann hat den Appell an die Kreistagsabgeordneten aufgenommen und wird an seine Fraktion mit der Bitte herantreten, sich frühzeitig einzubringen.

Er begrüßt die zeitnahe Information und betrachtet die Aussprache als Chance.

Torsten Stommel
Vorsitz

Raoul Halding-Hoppenheit
Erster Beigeordneter und
Stadtkämmerer

Elke Luxa
Schriftführung

